

478

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Abt. Gesetzgebungsperiode

WIEN,

Zl. 74.415-VR/70

Parlamentarische Anfrage Nr. 128/J
an die Bundesregierung, betreffend
Europäisches Übereinkommen auf dem
Gebiet der Information über aus-
ländisches Recht

194 / A.B.
zu 128 / J.
Präs. am 11. Aug. 1970

Zu Zl. 128/J-NR/70
vom 17. Juni 1970

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. BASSETTI,
Dr. LEITNER, Dr. KRANZLMAYR und Genossen haben am
17. Juni 1970 unter der Nr. 128/J eine

s c h r i f t l i c h e A n f r a g e

an die Bundesregierung betreffend das Europäische
Übereinkommen auf dem Gebiet der Information über
ausländisches Recht überreicht.

Ich beehre mich, diese Anfrage gemäß § 71 Ab-
satz 3 des Bundesgesetzes vom 6. Juni 1961, BGBl.
Nr. 178, betreffend die Geschäftsordnung des Na-
tionalrates, innerhalb offener Frist namens der
Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

Die Bundesregierung ist an einer baldigen Ra-
tifizierung des Europäischen Übereinkommens betref-
fend Auskünfte über ausländisches Recht durchaus
interessiert. Sie wird nach der Fertigstellung der
Erläuternden Bemerkungen, die sich derzeit in Aus-
arbeitung befinden, den Nationalrat um die Genehmi-
gung des Übereinkommens ersuchen und im Falle der Ge-
nehmigung durch diesen und durch den Bundesrat dem

./.

Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, das Übereinkommen für Österreich zu ratifizieren. Sollte das Genehmigungsverfahren nach Artikel 50 Bundes-Verfassungsgesetz noch im Laufe der Herbstsession des Nationalrates abgeschlossen werden können, wäre - vorbehaltlich einer positiven Haltung des Herrn Bundespräsidenten - unmittelbar im Anschluß daran mit einer Ratifizierung des Übereinkommens durch Österreich zu rechnen.

Wien, am 7. August 1970

Der Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten:

